

**S.F. CUSTOS GLOBAL REACH LTD.**

SECURITY · INTELLIGENCE · PROTECTION

WEEKLY SECURITY BRIEFING

7.–14. Sep. 2026

WEEKLY SECURITY BRIEFING · KW 38 / 2026

Weekly Security Briefing

Autor: Benjamin Traunecker

Zusammenfassung für Entscheider — Zentrale globale Entwicklungen der Woche

- **Gefährdung der Schifffahrt:** Zwei getrennte Vorfälle mit Geschosseinschlägen in der Straße von Hormus und Geländegewinne der Huthi nahe Bab al-Mandab erhöhten den Druck auf zwei maritime Engstellen. Berichte der Schifffahrtspresse ordneten der Warnung 133-26 zwei Schiffe zu, die am 10. September nahe Khasab getroffen wurden; Warnung 134-26 betraf ein anderes Schiff, das am 12. September getroffen wurde. Huthi-Kräfte nahmen am 10. September die Stadt und den Hafen von Mokka ein; am 11. September folgten Berichte über ihre Kontrolle der Insel Perim. Diese Entwicklungen erhöhen das Störungsrisiko in unterschiedlichen Teilen des Schifffahrtsnetzes. Sie belegen weder die Sperrung einer der beiden Meerengen noch einen gemeinsamen Angreifer hinter den Vorfällen.
- **Grenzüberschreitender Verkehr:** Ein russischer Angriff auf einen Personenzug nahe Polen setzte eine wichtige Verbindung zwischen der Ukraine und der Europäischen Union einer unmittelbaren Angriffsgefahr aus. Ukrainische Bahn- und Zollbehörden meldeten Schäden an der Lokomotive eines Zuges auf der Strecke Kyjiw–Warschau und an einer Tankstelle nahe dem Grenzübergang Jahodyn–Dorohusk. Das Institute for the Study of War zitierte diese Angaben in seiner Einschätzung vom 13. September. Der Angriff wurde auf ukrainischem Gebiet gemeldet; die Lokomotive befand sich etwa zwei Kilometer von Polen entfernt. Unmittelbar bedeutet dies eine geringere Planbarkeit grenzüberschreitender Bewegungen; ein Angriff auf polnischem Gebiet ist damit nicht belegt.
- **Ausgenutzte Software-Schwachstellen:** Die bestätigte Ausnutzung von Schwachstellen in ScreenConnect und Artifactory machte Fernwartung und Softwareverteilung zu unmittelbaren Themen der Unternehmenssicherheit. Die US-Behörde für Cybersicherheit und Infrastruktursicherheit, CISA, nahm ScreenConnect CVE-2026-84869 am 11. September in ihren Katalog bekannter ausgenutzter Schwachstellen auf. Für zivile Behörden der US-Bundesexekutive galt eine Behebungsfrist bis zum 14. September. Unabhängig davon warnte das niederländische Nationale Zentrum für Cybersicherheit, dass bei zwei Check-Point-Schwachstellen mit einer Ausnutzung in großem Umfang zu rechnen sei; eine aktive Ausnutzung war in den herangezogenen Berichten nicht belegt. Eine Warnung vor unmittelbar bevorstehendem Missbrauch und Nachweise eines bereits erfolgten Eindringens erfordern unterschiedliche Bewertungen der Gefährdung von Unternehmen.
- **Kriegsverlauf:** Die Fähigkeit der Ukraine, russische Vorstöße zu behindern und weit entfernte Energieanlagen zu erreichen, stellt die Annahme eines stetigen russischen militärischen Vormarschs infrage. Das ISW bewertete am 12. September ukrainische Gegenangriffe bei Kupjansk, Oleksandriwka und Lyman als Herausforderung für die russische Initiative, hielt aber zugleich weitere russische Geländegewinne an anderen Frontabschnitten fest. Seine Einschätzung vom 10. September enthielt zudem Angaben ukrainischer Behörden zu Angriffen auf Gasverarbeitungsanlagen in fast 3.000 Kilometern Entfernung von der Ukraine. Diese Angaben legen eine größere Reichweite der militärischen Operationen nahe; sie belegen nicht die Dauer etwaiger daraus entstandener Produktionsausfälle.

- **Wahlsicherheit:** Gewalt im Raum Cotabato City störte am 14. September den Beginn der ersten Parlamentswahl in der Autonomen Region Bangsamoro im muslimischen Mindanao. Philippinische Medien berichteten über mindestens drei Tote, widersprüchliche Verletztenzahlen und Kontrollmaßnahmen der Wahlkommission in Cotabato City und Maluso. Die Häufung der Vorfälle an konkret benannten Wahlorten stützt die Einschätzung akuter lokaler Störungen. Sie belegt weder einen Zusammenbruch der Ordnung im gesamten Süden der Philippinen noch erlaubt sie Rückschlüsse auf das Wahlergebnis.
- **Versorgung der Zivilbevölkerung:** Schwache medizinische Versorgung und eingeschränkter Zugang zu Nahrungsmitteln verschärften in mehreren afrikanischen und karibischen Krisengebieten die Folgen von Gewalt. Eine UN-Kommission warnte nach ihrem Besuch im Südsudan, dass erneute Gewalt und Straflosigkeit weiterhin die Zivilbevölkerung und den politischen Übergangsprozess gefährdeten. Weitere humanitäre Berichte dokumentierten die unterfinanzierte Gesundheitsnothilfe im Sudan und die Verschlechterung der Wasserversorgung in Kuba. Für Arbeitgeber sind diese Belastungen relevant, weil eine ansonsten beherrschbare Erkrankung, eine lokale Straßensperrung oder ein Lieferausfall schwerer aufzufangen ist, wenn öffentliche Dienste kaum freie Kapazitäten haben.
- **Taiwans Vorsorge:** Die von Taiwan vorgeschlagenen zusätzlichen Verteidigungsmittel deuten auf anhaltende Bemühungen hin, die heimische Produktion zu beschleunigen, nicht auf eine unmittelbare Veränderung der Bedingungen für den kommerziellen Transit. Die China- und Taiwan-Einschätzung vom 11. September beschrieb einen Vorschlag für zusätzliche Verteidigungsausgaben von rund 145,7 Milliarden NT\$, unter anderem für unbemannte Systeme und Munition. Die parlamentarische Beratung stand noch aus. Produktionszeitpläne und die Zustimmung des Parlaments sind die relevanten kurzfristigen Indikatoren; die Ankündigung allein belegt keine neue militärische Konfrontation.

Lageentwicklung und Einschätzung

Europa

HOCH

Ukrainische Verkehrsverbindungen und weit entfernte Energieziele bleiben gefährdet

Was geschah: Russlands Angriff vom 13. September traf Verkehrsinfrastruktur nahe der ukrainischen Grenze zu Polen. Nach Angaben ukrainischer Bahnvertreter traf eine Drohne die Lokomotive eines Personenzuges auf der Strecke Kyjiw–Warschau; der Zoll berichtete über einen Tankstellenbrand nahe Jahodyn–Dorohusk. Die ISW-Einschätzung desselben Tages führte diese behördlichen Angaben und die polnische Bestätigung von Angriffen nahe dem Grenzübergang zusammen. Die vorliegenden Erklärungen belegen einen schweren Vorfall mit Auswirkungen auf den Verkehr im Grenzgebiet. Sie belegen weder eine länger anhaltende Schließung des gesamten Übergangs noch die Einstellung sämtlicher Bahnverbindungen nach Polen.

Entfernung bietet russischen Energieanlagen weniger Schutz. Die Einschätzung zum Kriegsverlauf vom 10. September zitierte Angaben des ukrainischen Generalstabs und der Spezialkräfte zu Angriffen auf die Gaskondensat-Aufbereitungsanlage Nowy Urengoi und die Gasverarbeitungsanlage Purowski im Autonomen Kreis der Jamal-Nenzen. Die gemeldeten Entfernungen zur ukrainischen Grenze betrugen etwa 2.840 beziehungsweise 2.780 Kilometer. Ukrainische Behörden nannten Kapazitätswerte der Anlagen; diese beschreiben jedoch die Nennkapazität und keine vernichtete Produktionsmenge. Das Ausmaß der Schäden und etwaige anhaltende Auswirkungen auf die Gasverarbeitung blieben in den bei Veröffentlichung vorliegenden Informationen unbestätigt.

Der Bodenkrieg ist stärker umkämpft, als das Bild eines einfachen russischen Vormarschs nahelegt. Die Einschätzung vom 12. September kam zu dem Schluss, dass die Ukraine die russischen Nettogeländegewinne seit März auf nahezu null begrenzt und in mehreren Abschnitten erfolgreiche Gegenangriffe durchgeführt habe. Dies ist ein analytisches Urteil über die gesamte Front, kein Befund, wonach sich jede ukrainische Position verbessert hätte. Russische Geländegewinne bei Kostjantyniwka sowie östlich von Slowjansk und Kramatorsk waren weiterhin Teil derselben Einschätzung. Die Gefährdung wirtschaftlicher Aktivitäten in der Ostukraine bleibt daher schwerwiegend, auch wenn ein lokaler Gegenangriff eine bestimmte militärische Bedrohung verringert hat.

Warum das relevant ist: Grenzüberschreitende Bahnverbindungen sind Angriffen ausgesetzt, bevor Reisende und Fracht ukrainisches Gebiet verlassen. Eine beschädigte Lokomotive oder ein Brand nahe einem Kontrollpunkt kann eine Fahrt verzögern, ohne die Strecke selbst zu zerstören. Für Unternehmen, deren Personal zwischen Kyjiw und Polen reist, hat diese Unterscheidung praktische Bedeutung: Eine Betriebsunterbrechung, eine Ersatzlokomotive und eine Grenzschießung verursachen unterschiedliche Verzögerungen und stellen unterschiedliche Anforderungen an die Weiterreise. Der gemeldete Angriff rechtfertigt es nicht, den polnischen Binnenbahnverkehr derselben Angriffszone zuzurechnen.

Störungen der Energieversorgung hängen auch von Reparaturdauer und Ersatzmöglichkeiten ab. Ein erfolgreicher Angriff über große Entfernung kann Prüfkosten verursachen, die Verarbeitung unterbrechen oder Luftabwehr von einem anderen Standort abziehen. Er entzieht dem Markt nicht automatisch die gesamte Jahreskapazität der betroffenen Anlage. Die ukrainischen Angaben stützen die Einschätzung einer geografisch ausgeweiteten Bedrohung russischer Energieinfrastruktur; für die wirtschaftliche Größenordnung wären verlässliche Informationen zu Durchsatz, Reparaturen und alternativen Verarbeitungsmöglichkeiten erforderlich. Die Entfernung zur Front verliert als Anhaltspunkt für die physische Gefährdung an Aussagekraft, während der bestätigte Betriebszustand für Lieferverträge entscheidend bleibt.

Intelligence-Einschätzung

Mittel Europas Risikoeinstufung Hoch beruht auf dem Krieg in der Ukraine und seinen Verbindungen zu europäischen Verkehrs- und Energienetzen. Der Angriff im Grenzgebiet stützt die Einschätzung anhaltender Störungen der zivilen Mobilität innerhalb der Ukraine. Ukrainische Gegenangriffe beseitigen diese Gefährdung nicht. Geringer ist die Aussagesicherheit hinsichtlich der Schäden an weit entfernten russischen Energieanlagen und der Dauer von Verkehrsunterbrechungen; beides ist nicht ausreichend belegt, um quantifizierte Prognosen zu Lieferausfällen oder Sperrungen zu ermöglichen.

Netzwerkzugänge bleiben ein internationales Risiko für Unternehmen

Was geschah: Zwei Check-Point-Schwachstellen schufen eine eigenständige Bedrohung für Organisationen mit von außen erreichbaren Sicherheit Gateways. Die niederländische Warnung vom 10. September betraf CVE-2026-85102 und CVE-2026-85103. Sie wurden als Schwachstellen in Quantum-Produkten beschrieben, die eine Ausführung von Code aus der Ferne ohne Authentifizierung ermöglichen. Check Point meldete bei der Offenlegung keine Hinweise auf aktive Ausnutzung; Korrekturen wurden am 9. September veröffentlicht. Die Warnung betraf die Aussicht auf eine rasche Ausnutzung und war kein Nachweis, dass jedes verwundbare Gateway kompromittiert worden war.

Warum das relevant ist: Sicherheit Gateways stehen zwischen externem Datenverkehr und internen Systemen. Eine Kompromittierung kann daher Zugangskontrollen und die Verlässlichkeit der Netzwerkabschirmung beeinträchtigen. Diese Gefährdung reicht trotz des niederländischen Ursprungs der Warnung über Europa hinaus. Mit einer veröffentlichten Korrektur steht eine Möglichkeit zur Behebung zur Verfügung; sie zeigt nicht, ob zuvor auf die Systeme einer Organisation zugegriffen wurde. Aussagen über eine breit angelegte Kampagne zum Eindringen über Check-Point-Produkte würden über die diese Woche vorliegenden Belege hinausgehen.

Intelligence-Einschätzung

Hoch Die Offenlegung der Check-Point-Schwachstellen ist eine ernst zu nehmende Gefährdungswarnung mit klar benannten betroffenen Produkten. Ob die Schwachstellen tatsächlich ausgenutzt werden, muss gesondert belegt werden. Die herangezogenen Berichte erbrachten diesen Nachweis nicht. Die Folgen für ein Unternehmen hängen davon ab, ob betroffene Produkte eingesetzt werden und erreichbar sind, nicht von der Zahl öffentlicher Warnungen, die die Offenlegung wiederholen.

AUSSERDEM DIESE WOCHE BEOBACHTET

- **Russische Finanzierung:** Die russische Zentralbank beließ ihren Leitzins am 11. September bei 14 Prozent, wie die Einschätzung zum Kriegsverlauf unter Bezug auf die Mitteilung der Bank berichtete. Die Begründung mit zunehmendem Preisdruck und verringerter Produktionskapazität in einigen Sektoren deutet auf anhaltende Finanzierungsbeschränkungen hin, lässt aber die wirtschaftlichen Kosten ukrainischer Angriffe nicht gesondert erkennen.
- **Besatzungspolitik:** Russische Bildungsbehörden kündigten am 7. September Vorschulprogramme zur Vermittlung staatlich definierter russischer Werte an, wie die Lageaktualisierung zur Besatzung vom 10. September dokumentierte. Ihre Anwendung in den besetzten Gebieten der Ukraine weitet die institutionelle Assimilation auf jüngere Kinder aus und bleibt für das Wohlergehen von Beschäftigten und den Umgang mit Familien unter Besatzung relevant.

Naher Osten

KRITISCH

Zwei getrennte Vorfälle mit Geschosseinschlägen in der Straße von Hormus

Was geschah: In der Schifffahrtspresse wiedergegebene Fassungen einer UKMTO-Warnung beschrieben, dass am 10. September vier unbekannte Geschosse zwei nicht identifizierte Schiffe etwa vier Seemeilen westlich von Khasab trafen. Die Berichte ordneten den Vorfall der Warnung 133-26 zu und nannten als Zeitpunkt etwa 19:10 Uhr UTC. Eines der Schiffe wurde als brennend beschrieben; der Zustand des zweiten Schiffes war unbekannt. Schiffsnamen, Opferzahlen und die Identität des Angreifers waren nicht geklärt.

Eine spätere Hormus-Warnung betraf ein anderes Schiff und einen anderen Meldezeitpunkt. Veröffentlichte Darstellungen der UKMTO-Warnung 134-26 beschrieben ein Schiff, das bei der Durchfahrt durch die Meerenge von einem unbekannten Geschoss getroffen wurde. Die Meldung ging am 12. September um 23:00 Uhr UTC ein. In der wiedergegebenen Warnung waren der Zustand der Besatzung, Schäden und Umweltfolgen unbekannt. Daraus geht nicht hervor, dass das Schiff brannte, die Besatzung evakuiert wurde oder Öl ins Wasser gelangte. Solche Folgen dürfen nicht aus dem Vorfall vom 10. September übertragen werden.

Warum das relevant ist: Wiederholte Berichte über getroffene Schiffe erhöhen die Unsicherheit über die Gefährdung bei der Durchfahrt, auch ohne bestätigten Angreifer. Für Reeder und Charterer stellen sich Fragen zur Reiseplanung, zum Wohlergehen der Besatzung und zur Behandlung von Schäden im Rahmen der Versicherungsverträge. Die Unterscheidung zwischen einer Angriffswarnung und einer bestätigten Sperrung bleibt wesentlich: Keine der beiden Warnungen belegt, dass der gesamte kommerzielle Schiffsverkehr durch die Straße von Hormus zum Erliegen kam. Die unbekannte Identität der Schiffe verhindert zudem eine belastbare Einschätzung, ob Eigentumsverhältnisse, Flagge oder Ladung die Zielauswahl beeinflussten.

Intelligence-Einschätzung

Mittel Die Straße von Hormus bleibt ein Ort akuter physischer Gefahren und unsicherer Bedingungen für Schiffsreisen. Die beiden gemeldeten Vorfälle begründen Sorge vor wiederholten Geschossangriffen. Die Belege reichen jedoch weder aus, einen der Angriffe einem benannten Akteur zuzuordnen, noch ein belastbares Muster bei der Auswahl von Schiffen als Angriffszielen zu erkennen. Die Aussagesicherheit zu den Einzelheiten der Vorfälle ist geringer als zu den wirtschaftlichen Folgen wiederholter Angriffsmeldungen in einem engen Transitkorridor.

Die Einnahme Mokkas veränderte die Lage auf dem Festland

Was geschah: Huthi-Kräfte nahmen am 10. September die Stadt und den Hafen von Mokka ein und verdrängten regierungsnahen Kräfte aus einem wichtigen Stützpunkt am Roten Meer. Mehrere internationale Berichte unter Berufung auf jemenitische Amtsträger und Zeugen stützten die Angaben zur Einnahme. Der Hafen hatte den Nationalen Widerstandskräften als Einsatz- und Logistikzentrum gedient. Sein Verlust beeinträchtigte daher sowohl die Fähigkeit der Regierung, Operationen an der Küste aufrechtzuerhalten, als auch ihre Kontrolle über eine kommerzielle Anlage.

Warum das relevant ist: Die Kontrolle über Mokka verschafft den Huthi eine näher an Bab al-Mandab gelegene Festlandposition, von der aus sie Aktivitäten in Richtung der Meerenge unterstützen können. Die unmittelbare militärische Folge ist der Verlust eines regierungsnahen Hafens und Versorgungszentrums; die Folgen für die Schifffahrt hängen davon ab, wie die neuen Machthaber diese Position nutzen und versorgen. Ein erobeter Hafen ist nicht automatisch eine einsatzfähige Waffenbasis. Die Lageaktualisierung des ISW und des Critical Threats Project vom 10. September benannte gesicherte Transportverbindungen und die Festigung der Kontrolle über Küstengebiete als Voraussetzungen für eine wirksamere Bedrohung der Schifffahrt.

Intelligence-Einschätzung

Hoch Die Einnahme Mokkas verändert die Kontrolle über die jemenitische Westküste substanziell. Sie schwächt die logistische Position regierungsnaher Kräfte und verbessert den Zugang der Huthi zum südlichen Roten Meer. Das Ausmaß einer zusätzlichen maritimen Bedrohung hängt von der Verlegung von Waffen, Nachschubbewegungen und der Sicherheit der Küstenroute ab, nicht allein von der Bekanntgabe der Einnahme.

Mit Perim rückt die Kontrolle einer Insel innerhalb der Meerenge in den Fokus

Was geschah: Berichte vom 11. September beschrieben den Rückzug regierungsnaher Kräfte von Perim, auch Mayyun genannt, und die Übernahme der Insel durch Huthi-Kräfte. Die BBC, CNN und weitere internationale Medien berichteten über die Entwicklung; die Iran-Lageaktualisierung vom 11. September zitierte jemenitische Amtsträger zur Einnahme der Insel. Perim ist eine eigenständige Position innerhalb von Bab al-Mandab. Der Vorgang ist vom Vorfall im Hafen von Mokka zu trennen, auch wenn der Vormarsch auf dem Festland den militärischen Zusammenhang mit erklärt.

Warum das relevant ist: Eine Inselposition nahe den Schifffahrtswegen verändert die Entfernung, aus der Schiffe beobachtet oder bedroht werden können. Der dauerhafte Einsatz von Kämpfern und Ausrüstung auf Perim würde weiterhin Nachschub und Zugang vom Festland erfordern. Die analytische Lageaktualisierung benannte den möglichen Einsatz von Waffen kürzerer Reichweite aus neu gewonnenen Positionen. Sie belegte jedoch weder eine dort stationierte Batterie noch eine unmittelbare Angriffsfähigkeit an jedem eroberten Standort. Die Zusicherung der Huthi, dass die Schifffahrt mit Ausnahme saudischer Schiffe sicher sei, ist eine erklärte Position der Gruppe, keine belastbare Garantie für Schiffsbetreiber.

Intelligence-Einschätzung

Mittel Die gemeldete Kontrolle der Huthi über Perim erweitert ihre Möglichkeiten, bei Bab al-Mandab Zwang auszuüben. Entscheidend ist als nächster Schritt die Festigung dieser Kontrolle: eine verlässliche Versorgung der Insel, eine dauerhafte Besetzung und feststellbare Eingriffe in die Schifffahrt. Weder die gemeldete Gebietskontrolle noch erklärte Beschränkungen für Schiffe belegen eine vollständige Sperrung der Meerenge.

AUSSERDEM DIESE WOCHE BEOBACHTET

- **Piraterie im Golf von Aden:** Der Vorfall vom 10. September mit dem Massengutfrachter Glamor war ein eigenständiger Pirateriefall im Golf von Aden. EUNAVFOR meldete dessen Beendigung. Marine Insight berichtete, dass die Besatzung den Schutzraum nutzte, die Angreifer das Schiff verließen und die Besatzung in Sicherheit war; eine Beteiligung der Huthi war nicht belegt.
- **Saudische Exporte:** Die Iran-Lageaktualisierung vom 11. September beschrieb unter Berufung auf Mitteilungen des saudischen Energie- und Außenministeriums eine vorsorgliche Abschaltung der Ost-West-Pipeline nach einem Drohnenangriff. Der Bericht liefert einen gesonderten Warnhinweis zur Verfügbarkeit einer Exportalternative zur Straße von Hormus. Er belegt jedoch weder den Betriebszustand am Veröffentlichungstag noch identifiziert er den Angreifer unabhängig.
- **Opfer im Jemen:** Der am 6. September veröffentlichte Jemen-Lagebericht erfasste bis zum 5. September insgesamt 1.078 Tote und Verletzte, darunter 194 Tote, im Zuge des eskalierenden Konflikts. Diese Zahlen beschreiben die humanitäre Lage vor der Einnahme Mokkas und sind keine Opferbilanz der Vorstöße vom 10.–11. September.

Afrika**ERHÖHT****Schutz der Zivilbevölkerung und medizinische Kapazitäten bleiben unter Druck**

Was geschah: Die UN-Menschenrechtskommission für den Südsudan warnte nach ihrem Besuch im September, dass erneute Gewalt, politische Spannungen und Straflosigkeit weiterhin die Zivilbevölkerung und den politischen Übergangsprozess bedrohten. Die Erklärung folgte auf Treffen mit Behörden, der Zivilgesellschaft und Überlebenden, einschließlich eines Besuchs in Bor. Überlebende der Kämpfe im nördlichen Jonglei berichteten von Tötungen, sexualisierter Gewalt, Vertreibung und der Trennung von ihren Familien. Mehrere Überlebende hatten trotz dringenden Bedarfs keinen Zugang zu medizinischer oder anderer grundlegender Unterstützung.

Staatliche Autorität führt nicht verlässlich zu Schutz. Die Feststellungen der Kommission verknüpfen Gewalt mit schwacher Rechenschaftspflicht und Einschränkungen zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume. Sie begründen Sorge um den lokalen Schutz und den Zugang zu Hilfe, belegen aber keine neue landesweite Offensive in der Berichtswoche. Für Organisationen, die mit von Kämpfen betroffenen Gemeinschaften arbeiten, gehören unterbrochene lokale Versorgungsleistungen und Schwierigkeiten, nach einem Vorfall Hilfe zu erhalten, zu den relevanten Gefährdungen. Die Bedingungen in Bor und im nördlichen Jonglei lassen sich nicht automatisch auf jeden Ort im Südsudan übertragen.

Warum das relevant ist: Die Verfügbarkeit von Versorgung beeinflusst die Folgen von Gewalt ebenso wie der ursprüngliche Vorfall. Die Berichte der Überlebenden über dringend benötigte, aber nicht verfügbare Hilfe zeigen, dass der Zugang zu einer Stadt oder einer Behörde keine wirksame Behandlung garantiert. Arbeitgeber und humanitäre Organisationen in betroffenen Gebieten bleiben Verzögerungen bei medizinischen Überweisungen, der Vertreibung von Beschäftigten und unterbrochenen Kontakten zu Familien ausgesetzt. Die politischen Bedenken der Kommission verweisen zudem auf die Unsicherheit, ob formelle Zusagen zu einem verlässlicheren Schutz der Zivilbevölkerung führen werden.

Intelligence-Einschätzung

Mittel Afrikas Risikoeinstufung Erhöht spiegelt den Druck in den konkreten Konfliktgebieten und humanitären Krisenlagen wider, über die diese Woche berichtet wird. Die Schutzdefizite im Südsudan begründen Sorge um den lokalen Zugang und die Notfallhilfe, belegen aber keine einheitliche Verschlechterung auf dem gesamten Kontinent. Das deutlichste kurzfristige Risiko entsteht aus dem Zusammenwirken von Gewalt und begrenzter Unterstützung für die Zivilbevölkerung; eine Beschleunigung einer umfassenderen militanten Kampagne ist dagegen nicht unabhängig bestätigt.

Sudans Gesundheitssystem verfügt über wenig Mittel, um weitere Störungen aufzufangen. Der im September veröffentlichte Gesundheitslagebericht der Weltgesundheitsorganisation für August meldete den Eingang von 19,3 Prozent der im Nothilfeaufruf geforderten 97,7 Millionen US-Dollar. Er erfasste zudem mehr als 102.000 unterstützte medizinische Konsultationen und berichtete über das fortdauernde Auftreten von Cholera in mehreren Orten. Dies sind Versorgungs- und Finanzierungszahlen für August, keine neuen Septemberefälle. Sie zeigen eine funktionierende Hilfe unter finanziellen Beschränkungen; sie bedeuten nicht, dass sämtliche Gesundheitsleistungen eingestellt wurden.

Eine Finanzierungslücke wird zum Zugangsproblem, wenn Bedarf oder Transportkosten steigen. Dieselbe Lageaktualisierung beschrieb die Verteilung medizinischer Hilfsgüter und die Unterstützung von Laboren, unter anderem in Blue Nile. Diese Aktivitäten zeigen, wie sehr die klinische Versorgung von kontinuierlichen Lieferungen und externer Hilfe abhängt. Weitere Vertreibungen oder Lieferunterbrechungen würden zusätzliche Anforderungen an diese Hilfe stellen. Die Monatszahlen allein belegen weder die Schließung eines bestimmten Krankenhauses noch die Einstellung der Versorgung in einem gesamten Bezirk.

AUSSERDEM DIESE WOCHE BEOBACHTET

- **Ernährungslage in Mosambik:** Die IPC-Kurzübersicht vom September schätzte für Juli–September 1,19 Millionen Menschen in der Phase Krise oder einer höheren Stufe und prognostizierte für Oktober–März 1,84 Millionen. Konflikt, Wetterextreme und hohe Nahrungsmittelpreise prägen den Ausblick. Der prognostizierte Anstieg deutet auf eine angespanntere Versorgung der Haushalte und einen höheren Hilfebedarf hin, nicht auf eine Zahl neuer Angriffe.
- **Ernten im Tschad:** Der GIEWS-Länderbericht vom 7. September schätzte, dass während der Versorgungslücke vor der Ernte 2026 etwa 3,18 Millionen Menschen von schwerer akuter Ernährungsunsicherheit betroffen waren. Ungleichmäßige Niederschläge und wiederkehrende Trockenperioden ließen die Ernteaussichten unsicher bleiben, obwohl die Preise für Grobgetreide unter dem Vorjahresniveau lagen. Niedrigere Preise allein belegen daher keine Erholung beim Zugang der Haushalte zu Nahrungsmitteln.

Asien**ERHÖHT****Lokale Gewalt und widersprüchliche Angaben zu Vorfällen begleiten Bangsamoros Wahl**

Was geschah: Die erste BARMM-Parlamentswahl fand zum angesetzten Termin am 14. September statt, mit rund 2,39 Millionen registrierten Wahlberechtigten und 80 Sitzen. Presseberichte beschrieben einen tödlichen Zusammenstoß im Umfeld der Datu-Usman-Mampen-Schule in Barangay Bagua 2, Cotabato City. Die Berichte stimmten bei drei Toten überein, unterschieden sich aber bei der Zahl der Verletzten und der Frage, ob der Vorfall am Vorabend der Abstimmung oder am Montag stattgefunden hatte. Die genaue Verletztenzahl und der Zeitpunkt blieben bei Veröffentlichung ungeklärt.

Die Kontrollmaßnahmen der Wahlkommission sind klarer belegt als die Opferdetails. Das Manila Bulletin berichtete am 14. September unter Berufung auf den Vorsitzenden der Wahlkommission, George Garcia, dass Cotabato City und Maluso in Basilan unter die Kontrolle der Kommission gestellt wurden. Die Berichterstattung brachte die Maßnahmen mit Gewalt und Unregelmäßigkeiten bei der Abstimmung in Verbindung. Die betroffenen Orte liegen geografisch getrennt; die aus Maluso gemeldeten Unregelmäßigkeiten belegen nicht, dass die gesamte Regionalwahl beeinträchtigt war. Endergebnisse und der Ablauf der Auszählung blieben am Veröffentlichungstag noch offen.

Warum das relevant ist: Gewalt nahe einer als Wahllokal genutzten Schule kann die zivile Mobilität weit über den Kreis der unmittelbar am Zusammenstoß Beteiligten hinaus stören. Kontrollmaßnahmen der Wahlkommission verändern außerdem die Zuständigkeit für die Leitung lokaler Sicherheitsmaßnahmen. Für Arbeitgeber betreffen die unmittelbaren Folgen die Anwesenheit von Beschäftigten und Bewegungen im Umfeld der betroffenen Orte; während der Auszählung und der Klärung von Streitfällen besteht weitere Unsicherheit. Weder ein lokaler Zusammenstoß noch ein behördlicher Eingriff belegt, dass wirtschaftliche Aktivitäten in ganz Mindanao zum Erliegen gekommen sind.

Intelligence-Einschätzung

Mittel Die Wahl führt zu örtlich konzentrierten Risiken für die öffentliche Ordnung: rund um betroffene Wahllokale sowie spätere Orte der Auszählung oder der Klärung von Wahlstreitigkeiten. Cotabato City und Maluso erfordern getrennte lokale Einschätzungen. Die Aussagesicherheit zu den Opferdetails ist geringer als zum Auftreten von Gewalt und zum gemeldeten Eingreifen der Kommission. Ein regionaler politischer Zusammenbruch ist durch die vorliegenden Vorfälleberichte nicht belegt.

Taiwans Finanzierungsvorschlag setzt bei Produktions- und Bestandsengpässen an

Was geschah: Taiwans Exekutiv-Yuan schlug laut der China- und Taiwan-Lageaktualisierung vom 11. September zusätzliche Verteidigungsmittel von rund 145,7 Milliarden NT\$ vor. Die vorgesehenen Zuweisungen umfassten 55,9 Milliarden NT\$ für unbemannte Systeme und 7,3 Milliarden NT\$ für die Auffüllung der Munitionsbestände. Der Vorschlag sollte heimische Programme beschleunigen und bedurfte noch der parlamentarischen Prüfung. Er ist vom auf sechs Jahre angelegten Budget für unbemannte Systeme zu unterscheiden, dessen Gesetz am 10. September unterzeichnet wurde.

Warum das relevant ist: Die Bewilligung von Finanzmitteln und die Bereitstellung militärischer Fähigkeiten folgen unterschiedlichen Zeitplänen. Bei Zustimmung würde der Vorschlag einen früheren Beginn industrieller Aktivitäten unterstützen. Er belegt jedoch nicht, dass Produktionskapazitäten, ausgebildetes Personal oder Munitionsbestände bereits zugenommen haben. Für Unternehmen mit Verbindungen zu Taiwans verarbeitendem Gewerbe sind unmittelbar die Zeitplanung der Beschaffung und die Nachfrage nach industriellen Vorleistungen relevant. Eine Veränderung der Verteidigungsausgaben bedeutet für sich genommen keine aktuelle Beschränkung der Handelsschifffahrt oder des Flugverkehrs.

Intelligence-Einschätzung

Mittel Taiwans Vorschlag deutet auf anhaltende Vorbereitungen hin, bei denen heimische Versorgungsengpässe berücksichtigt werden. Die nächste wesentliche Veränderung wäre die parlamentarische Zustimmung, gefolgt von Aufträgen und Lieferungen. Der Vorschlag reicht weder als Grundlage für eine kurzfristige Konfliktprognose noch für die Aussage aus, dass sich die normalen Bedingungen für den kommerziellen Transit diese Woche verändert hätten.

AUSSERDEM DIESE WOCHE BEOBACHTET

- **Chinesische Software:** Im September veröffentlichte Forschungsergebnisse legten die Ausnutzung der Schwachstelle CVE-2026-51990 in der Sogou-Eingabemethode im Rahmen der GrayRabbit-Kampagne offen. Die Schwachstelle war bereits im April behoben worden. Die neue Veröffentlichung betrifft daher den Missbrauch einer älteren Schwachstelle und kein neues Problem an Unternehmensgateways, für das noch keine Sicherheitskorrektur vorliegt.
- **Wahlbezogene Hilfe:** Der am 9. September verfügbare Notfallplan des humanitären Teams der BARMM für die Wahlen bot vor der Abstimmung eine Grundlage für die Hilfsplanung. Seine Existenz zeigt Vorbereitungen auf Störungen; sie belegt weder, dass alle erwarteten Szenarien eintraten, noch, dass die geplante Hilfe an jedem betroffenen Ort verfügbar war.

Lateinamerika / Karibik

ERHÖHT

Ausfälle der Wasserversorgung und bewaffnete Abriegelungen beschränken grundlegende Leistungen

Was geschah: Laut der regionalen humanitären Lageaktualisierung vom 11. September belasteten Kubas Ausfälle der Wasser- und Energieversorgung das öffentliche Gesundheitswesen. Partnerorganisationen im Gesundheitsbereich beschrieben Rotavirus- und Norovirus-Ausbrüche; schätzungsweise 3,2 Millionen Menschen hatten Schwierigkeiten, Zugang zu sicherem Wasser zu erhalten. Treibstoffmangel und Infrastrukturausfälle beeinträchtigten die Wasser- und Sanitärversorgung. Diese Zahlen beschreiben Zugangsprobleme in einer betroffenen Bevölkerungsgruppe, keine bestätigte Zahl infizierter Menschen.

Warum das relevant ist: Wasserzugang, Stromversorgung und Gesundheitsleistungen hängen voneinander ab. Der humanitäre Bericht verknüpft die Verschlechterung der Wassersysteme mit einer stärkeren Abhängigkeit von unbehandelten Wasserquellen und zusätzlichem Druck auf die bereits belastete Gesundheitsversorgung. Für Organisationen, die lokales Personal beschäftigen oder Besucher unterbringen, steigt damit das Risiko krankheitsbedingter Ausfälle und eines Behandlungsbedarfs, der die kurzfristig verfügbare Kapazität übersteigt. Die Belege benennen nicht jede betroffene Gemeinde und weisen keine einheitlichen Bedingungen in allen Hotels und Arbeitsstätten nach.

Bewaffnete Abriegelungen unterbrechen die Versorgung in Teilen Kolumbiens. Dieselbe Lageaktualisierung berichtete über mehr als 1.300 Vertriebene oder eingeschlossene Menschen im Norden Kolumbiens. In Montecristo, Bolívar, waren mehr als 880 Menschen in fünf Gemeinschaften eingeschlossen; bewaffnete Gruppen blockierten Nahrungsmittel und Treibstoff. In Ituango, Antioquia, wurden durch Zusammenstöße 339 Menschen vertrieben. Dies sind lokale Einschränkungen mit direkten Auswirkungen auf den Zugang; sie belegen keinen landesweiten Stillstand des Verkehrs.

Versorgungsbeschränkungen können länger anhalten als die Kämpfe, die sie auslösen. Eine Gemeinschaft, die keinen Treibstoff oder keine Nahrungsmittel erhalten kann, bleibt eingeschränkt, auch wenn kein neuer Zusammenstoß gemeldet wird. Der Bericht zu Kolumbien enthält daher einen praktischen Warnhinweis zum Zugang zu bestimmten Gemeinschaften und ihren Lieferanten. Er benennt weder einen einzigen landesweit verantwortlichen Akteur noch rechtfertigt er, die Bedingungen in Montecristo auf andere, nicht damit verbundene Wirtschaftszentren zu übertragen. Konkret benannte Orte und die Dauer der Beschränkungen bleiben aussagekräftiger als eine landesweite Gesamtzahl von Vorfällen.

Intelligence-Einschätzung

Mittel Die Risikoeinstufung Erhöht beruht auf der dokumentierten Verschlechterung der Versorgung in Kuba und lokalen bewaffneten Beschränkungen in Kolumbien. Beides kann die Verfügbarkeit von Personal und die Versorgung mit lebenswichtigen Gütern beeinträchtigen, ohne dass ein neuer nationaler Notstand ausgerufen wird. Die Belege begründen Bedenken für die konkret betroffenen Gebiete; geringer ist die Aussagesicherheit zu Bedingungen außerhalb der in den humanitären Berichten beschriebenen Orte und Bevölkerungsgruppen.

Ausgenutzte Fernwartungssoftware hat Folgen über die Region hinaus

Was geschah: ScreenConnect CVE-2026-84869 wurde am 11. September in den KEV-Katalog der CISA aufgenommen; für US-Bundesbehörden galt eine Behebungsfrist bis zum 14. September. Der Hersteller beschrieb eine clientseitige Schwachstelle, die während einer aktiven Sitzung Dateiübertragung und -ausführung ohne Bestätigung am Host erlaubte und in Version 26.6.5 behoben wurde; Server waren von dieser Schwachstelle nicht betroffen. Unabhängig davon wurden Artifactory CVE-2026-42016 und CVE-2026-42018 mit Angriffen in Verbindung gebracht, bei denen Schadsoftware mit Hintertürfunktion eingesetzt wurde. Hier galt für US-Bundesbehörden eine Frist bis zum 25. September.

Warum das relevant ist: Fernwartung und Software-Repositories bieten unterschiedliche Zugangswege zu betrieblichen Abläufen. Eine missbrauchte Fernwartungssitzung gefährdet das beteiligte Endgerät, während ein kompromittiertes Repository das Vertrauen in Software und gespeicherte Inhalte beeinträchtigen kann. Keine der beiden Offenlegungen belegt eine Kompromittierung sämtlicher Kundenumgebungen. Die Termine auf Bundesebene sind Verpflichtungen für Behörden, keine allgemein geltenden gesetzlichen Fristen für die Privatwirtschaft; ihr analytischer Wert liegt darin, dass der Katalog bereits beobachtete Ausnutzung ausweist.

Intelligence-Einschätzung

Hoch Hier liegt eine nachgewiesene Ausnutzung mit internationaler Bedeutung vor, auch für Organisationen, die auf dem amerikanischen Kontinent tätig sind. Produktversion und tatsächlicher Einsatz bestimmen die Gefährdung. Die bestätigte Ausnutzung unterscheidet diese Fälle von der Check-Point-Warnung; aus einem Produktnamen allein lässt sich jedoch keine Kompromittierung einer bestimmten Organisation ableiten.

AUSSERDEM DIESE WOCHE BEOBACHTET

- **Schulen in Ecuador:** Der Norwegische Flüchtlingsrat berichtete am 8. September, dass sich im ersten Halbjahr 2026 in den Provinzen, in denen er tätig ist, 27 Angriffe auf das Bildungswesen ereigneten, davon fast die Hälfte in Guayas und El Oro. Der rückblickende Befund weist auf anhaltende Bedrohungen im Umfeld gemeinschaftlicher Einrichtungen hin; er belegt keine 27 Angriffe in der aktuellen Woche.
- **Zugang in Haiti:** Die regionale Lageaktualisierung vom 11. September verknüpfte bewaffnete Gewalt mit Störungen von Märkten und Dienstleistungen und nannte 1,9 Millionen Menschen in der IPC-Phase Notlage im Zeitraum März–Juni. Diese Schätzung aus einem früheren Zeitraum belegt das Ausmaß der Verwundbarkeit der Haushalte, darf aber nicht als neue Erhebung zur Ernährungssicherheit im September dargestellt werden.

Globale Einschätzung

Auch Alternativen zu bedrohten Routen sind störungsanfällig. Die beiden Vorfälle in der Straße von Hormus, die getrennten Vorstöße der Huthi in Richtung Bab al-Mandab und die gemeldete vorsorgliche Abschaltung der saudischen Ost-West-Pipeline zeigen, wie Druck mehrere Teile eines Exportnetzes erreichen kann. Die Verbindung besteht in wirtschaftlichen Abhängigkeiten, auch wenn eine gemeinsame operative Steuerung nicht nachgewiesen ist. Verändert sich die Verfügbarkeit einer Route, kann die Abhängigkeit von einer anderen zunehmen; deren Nutzen hängt dann vom Zugang zu Terminals, dem Betriebszustand und dem Bestimmungsort der Ladung ab. Die Belege begründen Sorge vor verringerter Flexibilität, ohne einen gleichzeitigen Stillstand der regionalen Exporte nachzuweisen.

Lokale Ereignisse betreffen Verbindungen des internationalen Verkehrs. Ein Angriff nahe Jahodyn–Dorohusk ist über Wolhynien hinaus relevant, weil der betroffene Zug Kyjiw und Warschau verbindet. Die gemeldete Kontrolle über Perim ist wegen der Lage der Insel an Schifffahrtswegen über den Jemen hinaus relevant. Diese Fälle zeigen, warum der geografische Ort eines Vorfalls und seine Bedeutung für das Verkehrsnetz gemeinsam bewertet werden müssen. Sie machen nicht jedes benachbarte Land zur Angriffszone: Der ukrainische Vorfall blieb auf ukrainischem Gebiet, und Berichte über Huthi-Stellungen belegen keine uneingeschränkte Kontrolle über jedes vorbeifahrende Schiff. Die wirtschaftlichen Folgen hängen von Unterbrechungen und verfügbaren Ersatzmöglichkeiten ab.

Begrenzte Möglichkeiten zur Wiederherstellung der Versorgung schaffen ein eigenes Risiko. Der ungedeckte zivile Bedarf im Südsudan, die unterfinanzierte medizinische Hilfe im Sudan und die ausfallende Wasserversorgung in Kuba weisen auf begrenzte Möglichkeiten hin, weitere Störungen aufzufangen. Die blockierten Nahrungsmittel- und Treibstofflieferungen in Kolumbien zeigen dieselbe Folge über einen anderen Mechanismus: Bewaffnete Beschränkungen verhindern das Eintreffen lebenswichtiger Güter. Auch ohne einen neuen größeren Angriff können das Wohlergehen der Beschäftigten und die Betriebsfortführung beeinträchtigt werden. Am folgenreichsten wäre die längere Unterbrechung einer

ohnehin knappen Versorgungsleistung, insbesondere dort, wo medizinische Weiterbehandlung oder Versorgungslieferungen von wenigen funktionierenden Verbindungen abhängen.

Auch bei Cybervorfällen müssen Gefährdung und nachgewiesener Schaden getrennt werden. Für ScreenConnect und Artifactory gibt es Belege einer Ausnutzung; für Check Point liegt eine behördliche Warnung vor erwartetem Missbrauch vor. Diese Unterscheidung beeinflusst, wie eine Organisation ein verwundbares Produkt bewertet, belegt aber nicht, ob auf ein bestimmtes Netzwerk zugegriffen wurde. Die Parallele zur physischen Sicherheit ist unmittelbar: Eine eroberte Insel schafft mögliche Angriffspositionen, während ein bestätigter Treffer auf ein Schiff einen tatsächlich eingetretenen Vorfall belegt. Unternehmensbezogene Einschätzungen werden verlässlicher, wenn Fähigkeiten, erklärte Absichten und beobachtete Schäden getrennt bleiben. Die Belege dieser Woche begründen ernsthafte Sorge in mehreren Bereichen, ohne dass daraus ein einheitliches Bild globaler Eskalation abgeleitet werden muss.

Beobachtungsindikatoren

- **Hormus-Einzelheiten:** Ergänzende Warnmeldungen oder Erklärungen von Eigentümern und Flaggenstaaten zur Identität der Schiffe, zum Zustand der Besatzungen und zu Schäden würden die beiden getrennten Vorfälle und ein etwaiges Muster der Zielauswahl klären. Eine ausdrückliche Aussetzung des Verkehrs würde die Einschätzung stärker verändern als wiederholte Darstellungen einer früheren Warnung.
- **Festigung der Kontrolle über Perim:** Bestätigter Nachschub, eine dauerhafte Truppenpräsenz oder identifizierte Waffenstationierungen auf der Insel würden die Einschätzung einer anhaltenden maritimen Bedrohung stützen. Eine neue Schifffahrtsbeschränkung oder ein bestätigter Eingriff würde einen weiteren Schritt über die Gebietskontrolle hinaus belegen.
- **Saudischer Durchsatz:** Eine offiziell bestätigte Wiederinbetriebnahme der Pipeline, ein Reparaturzeitplan oder eine erneute Unterbrechung würde die Verfügbarkeit der Ost-West-Exportroute klären. Angaben zu Terminals und Verladungen würden zeigen, ob eine Veränderung tatsächliche Frachtbewegungen betrifft.
- **Grenzüberschreitender Verkehr der Ukraine:** Betriebsmeldungen der Bahn und Erklärungen der Grenzbehörden zu Jahodyn–Dorohusk würden Dauer und geografisches Ausmaß der Störungen belegen. Wiederholte Angriffe auf dieselbe Verbindung würden die Einschätzung erhärten, dass der grenzüberschreitende Verkehr unter anhaltendem Druck steht.
- **Wahlstreitigkeiten:** Entscheidungen der Kommission, bestätigte Unterbrechungen der Auszählung und weitere Gewalt an benannten Orten würden zeigen, ob die Störungen in Bangsamoro lokal bleiben oder sich ausweiten. Amtlich bestätigte Ergebnisse würden den am Veröffentlichungstag noch offenen Wahlausgang klären.
- **Eindringen in Unternehmenssysteme:** Eine bestätigte Ausnutzung der Check-Point-Schwachstellen würde den Übergang von einer Warnung zu beobachtetem Missbrauch markieren. Weitere Herstellerbefunde zu ScreenConnect oder Artifactory würden die betroffenen Versionen, Angriffsmethoden und das Ausmaß nachgewiesener Kompromittierungen präzisieren.
- **Grundversorgung:** Dokumentierte Unterbrechungen der Wasseraufbereitung, medizinischer Weiterbehandlung oder von Nahrungsmittel- und Treibstofflieferungen würden auf eine Verschärfung der Folgen in den betroffenen afrikanischen und karibischen Krisengebieten hinweisen. Die Wiederherstellung dieser Leistungen wäre ein stärkerer Beleg für eine Verbesserung als das Ausbleiben neuer Vorfallsmeldungen.

Glossar der Abkürzungen

- **BARMM:** Autonome Region Bangsamoro im muslimischen Mindanao.
- **CISA:** US-Behörde für Cybersicherheit und Infrastruktursicherheit.
- **CVE:** Kennung im System Common Vulnerabilities and Exposures zur Erfassung bekannter Schwachstellen und Sicherheitslücken.

- **EUNAVFOR:** Seestreitkräfte der Europäischen Union; ATALANTA ist ihre Operation zur Bekämpfung der Piraterie im westlichen Indischen Ozean.
- **GIEWS:** Globales Informations- und Frühwarnsystem für Ernährung und Landwirtschaft.
- **IPC:** Integrierte Klassifikation der Ernährungssicherheitsphasen; Phase 3 bezeichnet Krise, Phase 4 Notlage.
- **ISW:** Institute for the Study of War (Institut für Kriegsstudien).
- **KEV:** Katalog bekannter ausgenutzter Schwachstellen.
- **NT\$:** Neue Taiwan-Dollar.
- **UKMTO:** United Kingdom Maritime Trade Operations.
- **UN:** Vereinte Nationen.
- **UTC:** Koordinierte Weltzeit.

Ausgewählte Quellen

Europa und Indopazifik

- **Einschätzungen zum Kriegsverlauf:** Institute for the Study of War, *Bewertung der russischen Offensivkampagne*, [10. September](#), 11.–12. September und [13. September 2026](#); *Lageaktualisierung zur russischen Besatzung*, 10. September 2026.
- **Taiwan:** Institute for the Study of War, [China- und Taiwan-Lageaktualisierung](#), 11. September 2026.
- **Bangsamoro:** Wahlinformationen der Wahlkommission; Wahl- und Cotabato-Berichterstattung von GMA News und Manila Bulletin, 14. September 2026; humanitäres Team der BARMM, *Notfallplan für die Wahlen*, September 2026. Verletztenzahlen und Zeitpunkt des Vorfalls unterscheiden sich zwischen den Berichten.

Naher Osten und maritime Sicherheit

- **Hormus:** Berichte der Schifffahrtspflege zur UKMTO-Warnung 133-26, 10.–11. September 2026; veröffentlichte Wiedergaben der [UKMTO-Warnung 134-26](#), 12.–13. September 2026.
- **Kämpfe im Jemen:** Berichterstattung von BBC, New York Times, Reuters über Al Jazeera sowie CNN zu Mokka und Perim, 10.–11. September 2026; ISW und Critical Threats Project, [Iran-Lageaktualisierung, 10. September](#) und [11. September 2026](#).
- **Piraterie:** EUNAVFOR ATALANTA, Mitteilung zur Beendigung des Vorfalls mit der *Glamor*, 10. September 2026; Marine Insight, Vorfallesberichterstattung, 11. September 2026.
- **Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung:** *Lagebericht Nr. 2 zur Eskalation des Jemen-Konflikts: Taiz, Westküste und Al-Hudaïda*, 6. September 2026, Berichtszeitraum 24. August–6. September.

Afrika und der amerikanische Kontinent

- **Südsudan:** UN-Menschenrechtskommission für den Südsudan, [Wachsende Risiken für die Zivilbevölkerung und den demokratischen Übergang bei anhaltender Gewalt und Straflosigkeit](#), Erklärung vom 10. September 2026.
- **Gesundheit und Ernährung:** Weltgesundheitsorganisation, [Gesundheitslage im Sudan: August 2026](#); IPC, [Kurzübersicht zur akuten Ernährungsunsicherheit in Mosambik, April 2026–März 2027](#); GIEWS, [Länderbericht Tschad](#), 7. September 2026.
- **Regionaler Zugang:** Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten, [Wöchentliche Lageaktualisierung für Lateinamerika und die Karibik](#), 11. September 2026.

Cybersicherheit

- **Herstellerhinweise:** ConnectWise, ScreenConnect-Sicherheitsmitteilung, 8. September 2026; Check Point, Quantum-Sicherheitsaktualisierungen, 9. September 2026; niederländisches Nationales Zentrum für Cybersicherheit, NCSC-2026-0365 und öffentliche Warnung, 10. September 2026.
- **Beobachtete Ausnutzung:** CISA, *Katalog bekannter ausgenutzter Schwachstellen*, Einträge zu ScreenConnect und Artifactory; BleepingComputer und The Hacker News, zugehörige Berichterstattung, 11.–12. September 2026; Gen Digital, Forschung zu Sogou/GrayRabbit, 10. September 2026, und BleepingComputer, 13. September 2026.

Methodische Notiz

Dieser Bericht basiert auf bis zum 14. September 2026 ausgewerteten öffentlich zugänglichen Quellen und der analytischen Einschätzung von SF Custos Global. Er ersetzt keine fachliche Beratung zu Rechts-, Versicherungs-, Sanktions- oder medizinischen Fragen und keine länderspezifische Fachberatung.